

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz sinkt in allen Alterskategorien **SEITE 25, 34**

Die Uhrenbranche überwindet ihre Abwehrhaltung gegenüber dem Internet **SEITE 27**

# Der «Energiewende» geht der Schnauf aus

Die möglichen Koalitionäre einer neuen deutschen Regierung sehen das Klimaziel für 2020 entschwinden

Mit enorm viel Geld hat Deutschland erreicht, dass gut ein Drittel des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammt. Und die Kosten der «Energiewende» werden weiter steigen. Ein Strategiewechsel täte not.

CHRISTOPH EISENRING, BERLIN

Deutschland sieht sich mit seiner «Energiewende» weltweit als Vorreiter im Umweltschutz. Doch der Lack am teuren Projekt ist ab – und das scheinen auch die Koalitionäre einer möglichen neuen Regierung zu erkennen. Jedenfalls verlautete jetzt, Union und SPD hätten sich in ihren Gesprächen darauf geeinigt, das deutsche Klimaziel für 2020 aufzugeben: Ursprünglich sollte der CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 40% gegenüber 1990 gesenkt werden. Realistisch sind derzeit eher 30%. Bemerkenswert wäre diese Abkehr auch, weil «Klimakanzlerin» Angela Merkel vor der Wahl noch versprochen hatte, das Reduktionsziel einzuhalten.

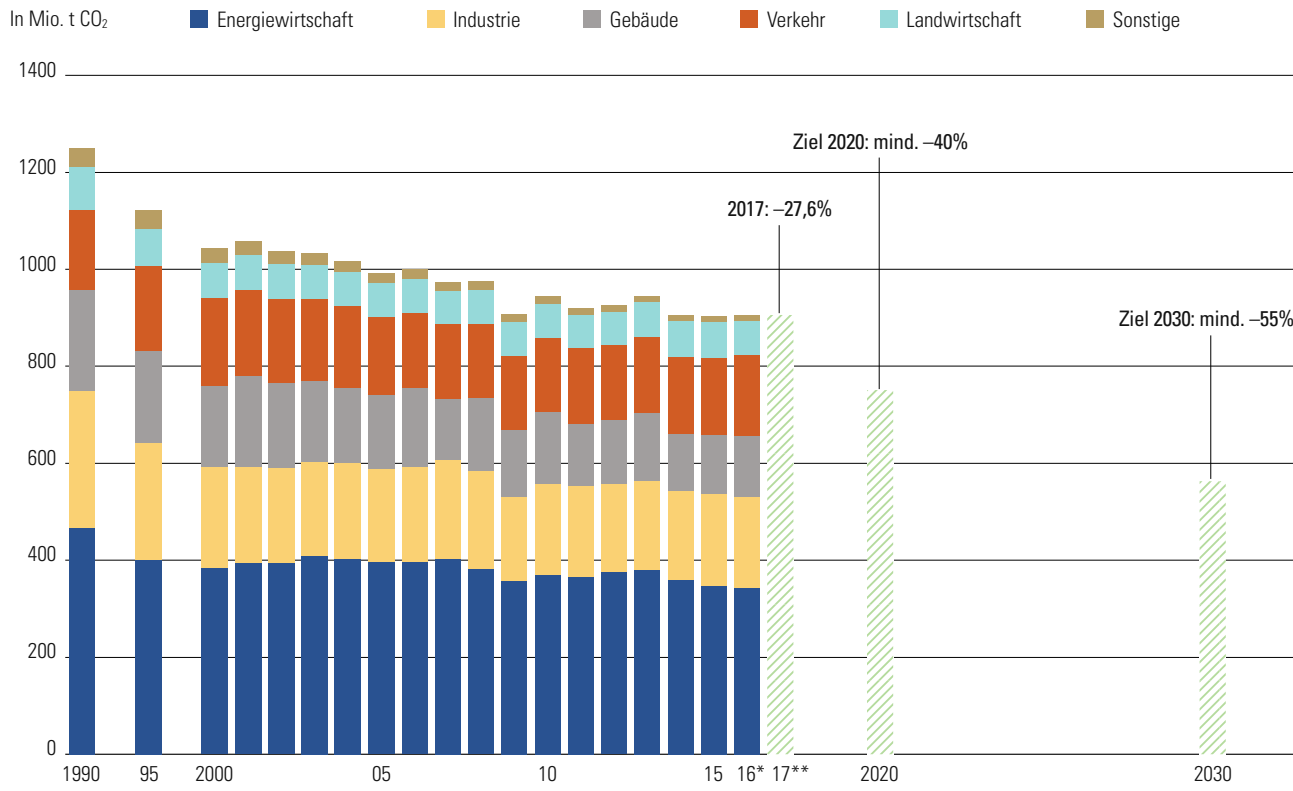
## Mit Umsetzung unzufrieden

Der Unmut über die hohen Kosten und die fehlenden Fortschritte (vgl. Grafik) ist gross. Zwar stehen die Deutschen laut einer Umfrage grundsätzlich hinter dem Ziel der Energiewende, doch nur 16% sind damit zufrieden, wie die Politik diese umsetzt. Das ist kein Wunder. Beispielhaft seien vier Stichwörter der vergangenen Wochen herausgepickt, welche die Probleme illustrieren.

■ **Negative Preise:** Die Preisausschläge am Strommarkt werden grösser. 2017 waren die Strompreise im deutschen Grosshandel während 146 Stunden sogar negativ – ein Rekord. Was heisst das? Es wurde jeweils so viel Strom produziert, dass man den Abnehmern noch Geld nachschiesse musste – im Maximum 83 € pro Megawattstunde. Diese Schwendung hat damit zu tun, dass immer mehr geförderter Strom aus Wind und Sonne zur Verfügung steht – mittlerweile machen Erneuerbare einen Drittel

Deutschland macht im Klimaschutz kaum noch Fortschritte

Treibhausgasemissionen nach Sektoren sowie Klimaschutzziele



\* Vorläufige Angaben; \*\* Schätzung.

QUELLE: AGORA ENERGIEWENDE

NZZ-Infografik/cke.

der Stromproduktion aus. Dieser steht einer konventionellen Stromproduktion gegenüber, welche die Versorgungssicherheit garantiert. Sie liefert jederzeit zuverlässig Elektrizität, lässt sich aber nicht einfach per Knopfdruck abstellen, wenn der Wind weht. Betreiber von Wind- und Sonnenanlagen ihrerseits haben kein Interesse, sich am Bedarf auszurichten. Der Strom wird ihnen auch vergütet, wenn es keine Nachfrage gibt.

■ **Eingriffe ins Netz:** Da Windanlagen oft im Norden und Nordosten stehen, Strom aber vorrangig im Süden gebraucht wird, müssen die Betreiber der Übertragungsnetze immer öfter eingreifen, um diese stabil zu halten. Tennet, einer der vier Übertragungsnetzbetreiber, gab dafür letztes Jahr 1 Mrd. € aus –

ebenfalls ein Rekord. Der Staat hat die Erneuerbaren stark gefördert, aber darob «vergessen», rechtzeitig die Netze auszubauen. Das rächt sich jetzt. Die hohen Ausbaukosten belasten die Haushalte.

■ **Ineffiziente Förderung:** In Deutschland zahlen die Konsumenten wegen all der Umlagen und Steuern mit die höchsten Strompreise in Europa. Was lässt man sich mit der bisherigen Förderung die Vermeidung einer Tonne CO<sub>2</sub> kosten? Für Photovoltaikanlagen laut dem Institut der deutschen Wirtschaft 415 €. Bei Wind an Land sind es 106 €. Diese Vermeidungskosten liegen somit um ein Vielfaches über dem Niveau von 7 €, wie es vom europäischen Emissionshandel angezeigt wird. Deutschland würde viel

günstiger fahren, wenn es an der Börse Emissionszertifikate aufkaufen würde.

■ **Problematische Windkraft-Auktionen:** Immerhin ist die Art der Förderung jüngst ökonomischer geworden. So gibt es nicht mehr eine fixe Vergütung, sondern der Staat schreibt die Kapazitäten für neue Wind- und Sonnenanlagen aus. Es gewinnt derjenige, der am wenigsten Förderung braucht. Damit sollte in einigen Jahren zumindest diese Umlage sinken, die den Preis für die Konsumenten verteuert. Bei den Auktionen für Wind werden nun lokale «Bürgerwindgesellschaften» bevorzugt, was neue Probleme schafft. Sie können sich 4,5 Jahre mit der Realisierung Zeit lassen. Fast alle Ausschreibungen gingen jüngst an solche Bürgerwindprojekte. Die Hersteller von

Windturbinen fürchten nun 2019 einen Auftragseinbruch und fordern bereits zusätzliche Auktionen. Das ist typisch für die Energiewende: Ein staatlicher Eingriff ruft den nächsten hervor, so dass das Projekt stets komplizierter wird.

SPD und Union anerkennen jetzt also, dass trotz den immensen Aufwendungen das Ziel für 2020 nicht zu erreichen ist. Dabei spielt auch eine Rolle, dass man bei dessen Festlegung 2007 weder mit einer wachsenden Bevölkerung noch einer boomenden Wirtschaft oder einem beschleunigten Atomausstieg gerechnet hat. So gehen 2022 die letzten Kernkraftwerke vom Netz, womit diese verlässliche Stromquelle wegfällt.

## Macron und sein Mindestpreis

Deutschland könnte rein theoretisch sein Klimaziel noch erreichen, wenn es sämtliche Braunkohlekraftwerke abstellen würde, die einen Viertel des Stroms produzieren. Aber was wäre mit diesem drakonischen Schritt gewonnen? Dem Klima jedenfalls hülfen er nichts. Denn die EU-Länder sind im Industrie- und Stromsektor über den Emissionshandel miteinander verbunden. Hier legt die EU fest, wie viel CO<sub>2</sub> jährlich ausgestossen wird. Stellt Deutschland alle Braunkohlekraftwerke ab, wird andernorts einfach mehr emittiert.

Die Abkehr vom unrealistischen Ziel wäre eine gute Nachricht, wenn die Koalitionäre daraus die richtigen Schlüsse zögen. Der Emissionshandel zeigt, dass mit marktwirtschaftlichen Instrumenten Klimaziele günstiger zu erreichen sind als mit Subventionen und ständig neuen Eingriffen. In diese Richtung müsste es gehen. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat unlängst einen europäischen Mindestpreis von 30 € je Tonne CO<sub>2</sub> ins Spiel gebracht. Die graduelle Einführung einer bestimmten Schwelle über alle Wirtschaftssektoren hinweg wäre bedenkenswert. Bei einem solchen Preissignal bedarf es keiner zusätzlichen Förderung mehr. Deutschland spricht gerne davon, Macrons ausgestreckte Hand in der Europapolitik zu ergreifen. Im Klimaschutz läge ein lohnenswertes Projekt.

# Einkaufstourismus ist zur fixen Grösse geworden

Die physischen Einkäufe im Ausland wachsen nicht mehr weiter – jetzt droht neue Gefahr vonseiten des E-Commerce

SERGIO AIOLFI

Im Schweizer Detailhandel konnte man im vergangenen Jahr wieder etwas freier atmen. Nach der zweijährigen Phase der Schrumpfung, die mit dem Frankenschock im Januar 2015 eingesetzt hatte und von einer Senkung der Einzelhandelspreise begleitet worden war, sind die Umsätze 2017 etwas gestiegen. Von blühenden Geschäften kann allerdings nach wie vor keine Rede sein. Nach der Schätzung der Ökonomen von Credit Suisse (CS), die am Dienstag ihren alljährlichen «Retail Outlook» präsentiert haben, dürften die Erlöse im vergangenen Jahr um 0,1% zugenommen haben. Zu diesem mikroskopischen Plus hat vor allem die Lageverbesserung im Non-Food-Bereich beigetragen, der stärker als der Food-Bereich von den positiven konjunkturellen Impulsen profitiert hat. Die Umsätze mit den nicht zum Verzehr bestimmten Waren nahmen um 0,1% zu, nachdem sie 2016 noch um 3,1% zurückgegangen waren; die Food-Erlöse wiesen eine Avance von 0,3% auf, gegenüber einem Minus von 0,2% im Jahr zuvor.

Nach den Schätzungen der CS-Volkswirtschaftler sollte es 2018 im selben sanften Rhythmus weitergehen. Sie prognostizieren ein Einzelhandels-Wachstum von 0,3% und unterstellen dabei eine Fortsetzung des Status quo; die verbesserte Wirtschaftslage, die erhöhte Arbeitsplatzsicherheit und die gehobene Konsumentenstimmung, all jene Faktoren, die zum letztjährigen Turnaround beigetragen haben, sollten ihre vorteilhafte Wirkung beibehalten.

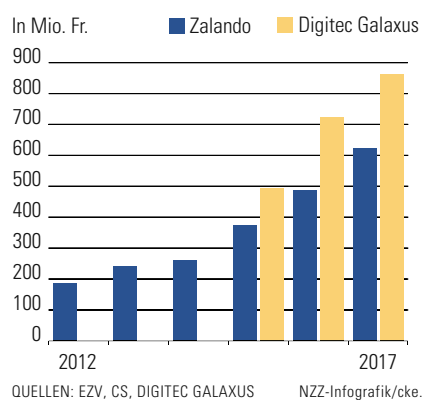
## Lohnt sich die Reise?

Die Entspannung im Detailhandel ist auch dem Umstand zu verdanken, dass der Einkaufstourismus keine Ausweitung erfahren hat. Zwar nennen die CS-Analysen keine genauen Beträge (für 2016 war die Kaufsumme auf 10 Mrd. Fr. geschätzt worden); sie gehen jedoch davon aus, dass die Erstarkung des Euro den Anreiz, Besorgungen jenseits der Grenze zu erledigen, verringert hat. Verschwunden ist das Phänomen damit allerdings nicht. Die Ökonomen sprechen von einem «Sockel-Einkaufs-

tourismus». Der Abstecker ins nahe Ausland dürfte für viele Konsumenten mittlerweile zu einem Teil ihres allwöchentlichen Shopping-Rituals geworden sein.

Die CS-Analysen haben sich die Mühe gemacht, herauszufinden, ab welchem Betrag der Einkaufstourismus zur lohnenden Aktivität wird. Im Sinne einer Vollkostenrechnung haben sie auch die beim Ausland-Shopping anfallenden Aufwendungen für Weg und Fahrzeit berücksichtigt. Wie die komplizierte Rechnung zeigt, müssen Einkäufe von mindestens 105 Fr. pro Kopf getätigt werden, damit sich die Reise rentiert. Die Zahl beruht auf Finanzdaten von 2015 und gibt einen gesamtschweizerischen Durchschnitt wieder. Für Bewohner von Randgebieten ist der Betrag selbstredend geringer. Und zu berücksichtigen ist auch, dass mit der Euro-Erstarkung die Break-even-Einkaufssumme 2017 höher geworden ist.

## Noch hat Digitec Galaxus die Nase vorn



QUELLEN: EZV, CS, DIGITEC GALAXUS

NZZ-Infografik/cke.

## Nur einen Klick entfernt

Zu einem für den Einzelhandel neuen gefährlichen Faktor könnte sich der Einkaufstourismus entwickeln, der über das Internet betrieben wird. Zalando ist das Unternehmen, das von dieser Form des mühelosen Shoppings im Ausland am meisten profitiert und dabei stark wächst. Gleichwohl zeigt sich, dass die Migros-Tochter Digitec Galaxus mit ihrem digitalen Gemischtwaren-Angebot im Schweizer Online-Markt immer noch die unangefochtene Nummer eins ist.

«Reflexe», Seite 34

ANZEIGE

Albin Kistler  
Vermögensverwaltung für Private & Asset Management

FLIEGEN  
können wir nicht.

albinkistler.ch